

Tagesordnungspunkt 2:

**Abgabe einer Regierungserklärung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer rationalen Endlagerung - Castor- und Erkundung stoppt für Gorleben“** - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 17/83

Mit Schreiben vom 10. April 2013 hat die Staatskanzlei darauf hingewiesen, dass unser Ministerpräsident eine Regierungserklärung unter dem oben genannten Titel abgeben möchte.

Ich darf jetzt Herrn Ministerpräsidenten Weil bitten, die angekündigte Regierungserklärung abzugeben, und erteile ihm das Wort.

**Stephan Weil**, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall hält uns in Niedersachsen jetzt seit mehr als 35 Jahren in Atem. So lange schon tobt die Auseinandersetzung um Gorleben. Wie oft allein der Niedersächsische Landtag diese Frage debattiert hat, lässt sich nur erahnen. Und auch nach den Beratungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages gibt es bis heute noch nicht einmal eine zweifelsfreie Klärung, warum und mit welcher Begründung 1977 eine Entscheidung für Gorleben gefallen ist.

Seit damals, seit 1977, haben der Streit und die Auseinandersetzung niemals aufgehört: Jeder neue Castortransport war eine enorme Belastung für Niedersachsen. 113 Großbehälter sind es seitdem geworden, und jeder einzelne ist von den Wendländern - wie ich finde - verständlicherweise als eine vorgezogene Endlagerentscheidung verstanden worden.

Damit nicht genug. Ich glaube, wir alle stimmen darin überein: Die Einlagerung von Atommüll in den alten Asse-Salzstock ist ein einziges Desaster.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Geologen haben damals einen Wassereinbruch für immer für unmöglich erklärt, und die Geologie hat sie schon wenige Jahre später widerlegt. Heute wissen wir noch nicht einmal sicher, ob wir diese Fässer mit Atommüll jemals sicher bergen können. Und so ist die Asse - das empfinde ich so - heute ein Menetekel, das gewissermaßen über unserer gesamten Endlagerdiskussion schwebt.

Nehmen wir dann noch Schacht Konrad hinzu, so können wir feststellen: Niedersachsen ist seit Jahrzehnten das Opfer einer fehlgeschlagenen Endlagerpolitik, Niedersachsen hat deswegen das Recht, einen Neuanfang in der Endlagerpolitik zu fordern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt nun endlich die begründete Aussicht auf diesen Neuanfang. Am Dienstag der vergangenen Woche, am 9. April, haben die Bundesregierung, alle 16 Bundesländer und die Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der Linken einen Konsens erzielt. Grundlage dieser Einigung ist ein gemeinsamer

Vorschlag, den Bundesumweltminister Altmaier, Umweltminister Stefan Wenzel und ich zuvor gemeinsam erarbeitet haben. Der Konsens in Berlin ist deswegen - das lässt sich ohne Übertreibung sagen - ein herausragender Erfolg der niedersächsischen Landespolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist der Kern dieser Übereinkunft? - Kurz gesagt: Zum ersten Mal soll die Suche nach einem sicheren Endlager gründlich, ergebnisoffen und nachvollziehbar erfolgen. Dafür werden die Weichen am Anfang gestellt. Der Gesetzgeber wird darauf verzichten, Entscheidungen zu treffen, ohne zuvor eine breite gesellschaftliche Diskussion möglich zu machen. Diese Entscheidungen werden auch nicht - wie zunächst vorgesehen - einer Regulierungsbehörde und ihremungsverfahren überantwortet. - So war es nach dem Entwurf vorgesehen, den wir vorgefunden haben. - Stattdessen wird nun eine in dieser Form einmalige Bund-Länder-Kommission eingerichtet, die sich pluralistisch zusammensetzt - von der Wirtschaft bis zu den Umweltverbänden - und die öffentlich tagt. Diese Kommission soll Fragen beantworten, die für die weitere Endlagersuche entscheidend sind: Welche Gesteinsarten sind für die Endlagerung geeignet? Welche Voraussetzungen für welche Gesteinsart müssen vor Ort gegeben sein? Muss die Rückholbarkeit gegeben sein oder nicht? Sprechen wir dann eigentlich noch von einer „Endlagerung“? Und viele andere Grundsatzfragen einer sicheren Lagerung mehr sind zu beantworten.

Es handelt sich um schwierige wissenschaftliche und technische Fragestellungen, aber - so empfinde ich das - auch um zutiefst moralisch-ethische Probleme. Ich will nur ein Beispiel erwähnen: Herr Kollege McAllister hat vor einigen Monaten richtigerweise darauf aufmerksam gemacht, dass nach den niedersächsischen Erfahrungen in der Asse der Atommüll rückholbar sein müsse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte einen weiteren Gesichtspunkt hinzufügen: Wer sagt uns eigentlich, dass es in 50, 100, 150 oder 200 Jahren nicht möglich sein wird, hoch radioaktiven Abfall wesentlich sicherer zu lagern oder weniger schädlich zu machen? Und haben wir heute das Recht, künftigen Generationen eine entsprechende Chance zu nehmen? - Ich finde,

schon diese Fragen geben uns ein Gefühl dafür, wie groß unsere Verantwortung ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bund-Länder-Kommission wird eine entscheidende Rolle für das weitere Verfahren spielen. Nach ihrem Bericht wird das Gesetz zu überarbeiten und zu ergänzen sein, damit überhaupt geregelt ist, wonach gesucht wird.

In der öffentlichen Diskussion ist gelegentlich die Befürchtung geäußert worden, es werde sich doch bloß um unverbindliche Empfehlungen handeln. Richtig, kein Gesetzgeber kann zur Übernahme von Kommissionsempfehlungen gezwungen werden. Aber ich bin überzeugt, dass diese Empfehlungen eine sehr hohe Bindungswirkung erzielen werden. Ein pluralistisches Gremium von wichtigen gesellschaftlichen Akteuren, das nach gründlicher Debatte mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen abgibt, wird die Politik anschließend nicht einfach ignorieren können. Das wäre in der Tat das Ende des Konsenses.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es hat nach der Einigung von Berlin viele Stimmen gegeben, die genau diese gesellschaftliche Öffnung der Entscheidungsfindung positiv hervorgehoben haben. Lassen Sie mich eines hinzufügen: Ausgehend von Forderungen und Vorschlägen der Umweltverbände, war genau dies die Forderung aus Niedersachsen. Wir haben damit das Gesetz deutlich besser gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was heißt das für Niedersachsen? Und vor allem: Was heißt das für Gorleben? - Im Anschluss an das soeben Gesagte lautet die Antwort: Das wird sehr stark von den Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission und den sich anschließenden Schlussfolgerungen des Gesetzgebers abhängen. Ist Salz nach der Asse noch ein geeignetes Wirtsgestein? Bedarf es jedenfalls eines intakten Deckgebirges? Muss der Abfall rückholbar sein? - Alle diese Fragen werden wir erst im Lichte des Kommissionsberichtes entscheiden, und deswegen verhält sich das Standortauswahlgesetz, bezogen auf Gorleben, bis dahin neutral.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist bekanntlich und unverändert der Auffassung, dass Gorleben aufgrund geologischer Bedenken und Zweifel als Endlagerstandort nicht geeignet ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daran halten wir auch fest, und wir sind zuversichtlich, dass diese Argumente in den Beratungen der Kommission Gehör finden werden. Ich bin sicher, der Kommissionsbericht wird gerade in Niedersachsen mit ganz besonderer Spannung erwartet werden.

So sehr ich verstehen kann, wenn sich viele - ich selbst übrigens auch - einen kompletten Ausschluss Gorlebens schon zum jetzigen Zeitpunkt gewünscht hätten, lassen Sie mich doch eines in aller Klarheit feststellen: Der Erfolg mag nicht perfekt sein. Es ist der Beginn eines richtigen Weges in die richtige Richtung. Aber die Einigung von Berlin ist der mit Abstand größte Erfolg, den das Wendland und alle seine Freunde in 35 Jahren erzielt haben. Das darf man ruhig auch laut und deutlich sagen, meine Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den rationalen und ergebnisoffenen Neustart bei der Suche nach einem Endlagerstandort hinaus gibt es weitere gute Nachrichten für das Wendland und für Niedersachsen insgesamt.

Erstens: Der Gesetzentwurf legt einen Erkundungsstopp gesetzlich fest.

Zweitens: Die Einrichtung eines Salzlagers in Gorleben wird ausgeschlossen.

Drittens - und vor allem, meine sehr verehrten Damen und Herren -: Es wird keine weiteren Castortransporte nach Gorleben geben.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer hätte von Ihnen auch nur einen Cent darauf gewettet,

(Ulf Thiele [CDU]: Dass Sie so eine Rede halten!)

dass es gelingt, diese Forderung durchzusetzen? - Wohl niemand. Minister Wenzel und mir ist es gelungen, bei allen Gesprächspartnern eines klar zu machen: In Sachen Endlager kann man in Niedersachsen nach 35 Jahren keinen Vertrauensvor-

schuss erwarten. Dieses Vertrauen werden wir uns mühsam erarbeiten müssen.

(Björn Thümler [CDU]: Wohl wahr!)

Jeder weitere Castortransport nach Gorleben wäre Gift für diese Vertrauensbildung, und ich bin froh, dass man sich dieser Einsicht angeschlossen hat.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt zwar einen Konsens darüber, dass Gorleben nicht mehr das Ziel von Castortransporten sein wird. Es gibt aber noch keine Klarheit darüber, wo sie denn stattdessen hinkommen. Es ist die Pflicht des Bundesumweltministers, auf diese Frage eine plausible Antwort bis zum abschließenden Gesetzesbeschluss zu liefern. Und das ist auch ein Lackmustest für die Bereitschaft der anderen Bundesländer, eine gemeinsame Last gemeinsam zu tragen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt!)

Ich freue mich sehr über konstruktive Signale aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg; herzlichen Dank dafür aus Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hoffe, andere Bundesländer, z. B. solche, in denen CDU und FDP die Verantwortung tragen, folgen diesem Beispiel. Niedersachsen muss jedenfalls seine abschließende Zustimmung von einer Klärung abhängig machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist aber auch in weiteren Punkten erfolgreich gewesen. Das will ich Ihnen selbstverständlich nicht vorenthalten.

Erstens war vorgesehen, die vorhandenen Zuständigkeiten der Länder während des Suchverfahrens abzugeben, insbesondere im Wasser- und im Bergrecht. Das, meine Damen und Herren, haben wir wegverhandelt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erst nach einer abschließenden Entscheidung über den Standort des Endlagers werden die Zuständigkeiten konzentriert.

Es war zweitens vorgesehen, dass während des gesamten, jahrzehntelangen Verfahrens keine

Rechtsschutzmöglichkeit für Bürger und Verbände gegeben sein sollte - wie ich finde, unmöglich. Ich bin froh, feststellen zu können: Auch das haben wir wegverhandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor der untertägigen Erkundung muss Rechtsschutz möglich sein.

Drittens war - kaum verhohlen mit Blick auf Gorleben - die Möglichkeit vorgesehen, Grundstückseigentümer gewissermaßen auf Vorrat zu enteignen. Auch das haben wir wegverhandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zieht man unter all das einen Strich, dann lässt sich, bei aller gebotenen Bescheidenheit, eines feststellen: Die Landesregierung ist bei der Vertretung unserer niedersächsischen Interessen außerordentlich erfolgreich gewesen. Es ist uns gelungen, die Symmetrie eines bereits weitgehend abgestimmten Entwurfes zu korrigieren. Es ist uns in einer Reihe von Einzelfragen gelungen, Fortschritte für Niedersachsen zu erzielen.

Das ist gelungen - wie Sie wissen, durchaus auch gegen Widerstände im eigenen politischen Lager, soweit es die Bundesebene betrifft. Für diese Landesregierung gilt ein Grundsatz klipp und klar: Erst kommt das Land, dann die Partei. Diesen Beweis haben wir angetreten.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Und was ist mit Frau Fischer aus Osnabrück? Erst das Land, dann die Partei! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte gedacht, mindestens bei diesem Grundsatz hätten wir Einvernehmen. Denken Sie einfach noch mal drüber nach!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Reden Sie mal mit Ihrem Innenminister!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, manche Politikerinnen und Politiker haben gemeint, der Konsens über die unendlich schwere Suche nach

einem sicheren Endlager und das Verfahren dazu seien „historisch“. Ich zögere bei einem solchen Wort. Mir liegt ein anderes Bild näher: Nach 35 Jahren des Stillstands haben wir endlich, endlich einen großen, einen guten Schritt vorwärts gemacht. Das Ziel ist noch weit entfernt, ehrlich gesagt, jahrzehnteweit: die Inbetriebnahme eines sicheren Endlagers für Atommüll. Dessen müssen wir uns bewusst sein, genauso wie unserer Verantwortung. Die intelligente Form des Homo sapiens - also wir, mehr oder weniger - - -

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Mehr oder weniger!)

- Ich freue mich, dass es mir zumindest in diesem Punkt gelungen ist, Zustimmung von allen Seiten des Hauses herbeizuführen.

(Thomas Adasch [CDU]: Ist ja auch eine Lachnummer! - Jens Nacke [CDU]: Das ist doch kein Karnevalsverein! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Eine Lachnummer? Hören Sie den Satz zu Ende, Herr Adasch!

Die intelligente Form des Homo sapiens ist 35 000 Jahre alt; Atommüll strahlt mehr als 1 Million Jahre. Ich glaube, nichts verdeutlicht mehr das unsägliche Erbe, das uns die Atomwirtschaft hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir uns der Aufgabe der Endlagersuche - dieses Wort verwende ich jetzt ganz bewusst - mit Demut nähern. Deswegen müssen wir einen breiten und belastbaren Konsens suchen. Deswegen müssen wir uns stets unserer ganz besonderen Verantwortung in dieser Frage bewusst sein.

Die Einigung von Berlin bringt uns dabei einen Schritt weiter - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Lassen wir dieser Einigung weitere Schritte folgen, im Konsens - möglichst auch hier im Landtag - und in aller Bescheidenheit.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)